

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im
Gemeinderat Leonberg 2017**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor einem Jahr hatte ich die Hoffnung geäußert, dass wir nach der Umstellung auf die Doppik zügig zu einer Vergleichbarkeit der Haushalte gelangen.

Im Anschluss an die Haushaltslesung mussten wir jedoch feststellen, dass die Planzahlen für das Jahr 2017 aus dem vergangenen Haushaltsplanentwurf mit dem vorliegenden Entwurf nicht übereinstimmen. Nachdem nach entsprechender Beanstandung hier andere Zahlen nachgeliefert wurden, konnten wir wiederum feststellen, dass die Vorlagen, die der Verwaltung intern vorliegen, und der uns vorliegende Haushaltsplanentwurf nicht übereinstimmen, was sich bereits aus divergierenden Seitenzahlen ergibt. Ich möchte hier keine Absicht unterstellen, aber es offenbart sich ein ganz neues Verständnis von dem Begriff der „doppelten Buchhaltung.“

So verständlich auch die im Haushaltsplan in Ansatz gebrachten Zahlen und Wünsche der Verwaltung sind, so mündet die Zusammenfassung

der entsprechenden Planzahlen jedoch in einem Ergebnis, das von uns so auf die Dauer nicht hingenommen werden kann.

Bemerkenswert ist in diesem Kontext die Formulierung im Haushaltsbericht, dass Ziel dieses Haushaltes wie in den Vorjahren die Genehmigungsfähigkeit ist.

Zudem ist dort ausgeführt, dass eine Darstellung von Strategien zur Zielerreichung sich derzeit übrigt.

Von dieser Grundphilosophie sind unsere Haushalte der letzten Jahre geprägt. Eine Problemlösung ist hieraus jedoch nicht ansatzweise erkennbar.

Trotz hervorragender Konjunktur und geringer Zinsen steigt die planmäßige Gesamtverschuldung der Stadt zum Jahresende 2018 auf knapp 142 Millionen €. Der Nettokreditbedarf in 2018 soll 16,5 Millionen € (gerundet) betragen. Die Pro-Kopf-Verschuldung pro Einwohner wird im kommenden Jahr die 2000 ,-- Euromarke überschreiten. Und das bei historisch günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Und auch die Verringerung der Kreisumlage von 34 auf 33 Punkte bringt keine wirkliche Entlastung, da aufgrund der Steuerkraft unserer Stadt hier planmäßig im kommenden Jahr nominal 1 Million € mehr an den Kreis abgeführt werden muß.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer, wie auch der Wasser- bzw. Abwassergebühren in 2018 nicht

erhöht werden.

Wenn dann seitens der Verwaltung im Vorbericht festgestellt wird, dass das Thema Konsolidierung nicht aus den Augen geraten darf, so verdient auch dies uneingeschränkte Zustimmung. Hier gilt jedoch mit Goethe:

„Die Botschaft hör ich wohl, allein es fehlt der Glaube.“

Notwendige Lösungsansätze werden nicht aufgezeigt; die Realisierung des Haushaltsausgleiches durch Grundstückserlöse wird sich nicht beliebig fortsetzen lassen.

Auch die weitere Aufgabe der doppelten Haushaltsführung, den Vermögensverzehr aufzuzeigen, kann derzeit nicht nachvollzogen werden, da wir bislang noch über keine Eröffnungsbilanz verfügen.

Aber -und mit diesem Problem sind wir als Kommune nicht allein-, nicht alles was uns drückt, ist auch hausgemacht. Übergeordnete politische Verantwortungsträger schaffen neue Aufgaben und damit neue Ausgabenblöcke, ohne hier angemessenen Ausgleich im Hinblick auf die Kostenseite zu bieten. Exemplarisch ist hier der Kostenblock „Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr“ zu nennen.

Im Jahr 2017 belaufen sich die Kosten in Leonberg planmäßig auf 16 Millionen €. Für das Jahr 2018 werden bereits 18,5 Millionen € hierfür veranschlagt.

Bereits letztes Jahr hatten wir gefordert, anhand eines konkreten Modell-Kindergartens Kosten für die Gebäudeabschreibung sowie die Personalkosten jährlich zu erheben und darzulegen, wie sich aufgrund des finanziellen Mehrbedarfs bei Umlegung auf die Nutzer die Gebühren entwickeln würden. Es ging darum aufzuzeigen, wie der Zuschussbedarf auf dem seitherigen Niveau hätte gehalten werden können. Leider wurde hierauf seitens der Verwaltung nicht eingegangen. Ein alternativer Ansatz bestünde in der Vergrößerung der Gruppen.

Ein weiterer Punkt, der uns wohl oder übel auch künftig beschäftigen wird, ist die Schaffung von Wohnraum für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen. Besonders bemerkenswert ist, dass die Zuweisungszahlen, obwohl mit einem deutlichen Vorlauf planbar, erst im Oktober nach oben korrigiert wurden. Dies wäre bereits deutlich vorher möglich gewesen. Zumindest wir Freien Wähler im Landesverband Baden-Württemberg haben kein Interesse daran, getäuscht zu werden bzw. unsere Mitbürger im Unklaren zu lassen. Man hätte uns diese Zahlen schon vor der Bundestagswahl mitteilen müssen .

Für die Zukunft werden wir wohl wieder mehr zwischen Pflichtaufgaben und Freiwilligkeitsleistungen unterscheiden müssen. Gestaltungsspielräume werden sich minimieren. Wir wollen der Bürgerschaft nicht vorzugaukeln, dass in Anbetracht der Pflichtaufgabe der Vermeidung von Obdachlosigkeit

und in Konsequenz der Durchführung der Anschlussunterbringung noch große Spielräume für die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes für andere Personengruppen bestehen.

Stadtentwicklung/Infrastruktur

Bei allen Kritikpunkten die man an Beschlüssen des Gemeinderats oder dem Handeln der Verwaltung an bringen kann, so scheint in der Vergangenheit doch einiges richtig gemacht worden zu sein. Wie erklärt es sich sonst, dass in unserer Raumschaft und damit insbesondere auch bei uns eine erhebliche Zuwanderung und damit einhergehend, die Zunahme der Bevölkerung vorliegt. Wir benötigen vor diesem Hintergrund eine Fortschreibung des Masterplans bis zum Jahr 2040, sowie eine Fortschreibung des Flächennutzungsplanes.

Die grundlegende Entscheidung wird sein, zu definieren, wo wir in der Zukunft mit den Bevölkerungszahlen hin tendieren. Die Zunahme der Bevölkerungszahl wird mit einer Zunahme des Verkehrs einhergehen. Auch darf hier der Blick nicht einseitig auf Flächenentwicklungen für Gewerbe und Wohnen fokussiert werden. Vielmehr werden für mehr Menschen und mehr Familien auch die damit notwendige Infrastruktur im Bereich Schulen und für den älter werdenden Bevölkerungsanteil benötigt. Mehr Familien bedeutet Mehrbedarf an Kinderbetreuung und an Schulplätzen. Intelligente Planungen müssen die vorhandenen Einrichtungen

einbeziehen.

Der Zugang zu einem leistungsstarken Breitbandnetz stellt sowohl einen wichtigen Infrastrukturaspekt, wie auch eine aktive Wirtschaftsförderungsmaßnahme dar. Sie alle können derzeit erleben, dass in Leonberg flächendeckend Glasfaserkabel verlegt werden. Auch wenn hier in der Regel nicht einzelne Häuser an das Glasfasernetz angeschlossen werden, sondern die letzten Meter zu den Häusern über das bestehende Kupferleitungsnetz abgewickelt werden, so ist die Voraussetzung für eine künftige Fortentwicklung geschaffen.

a) Krankenhaus

Die Verwaltung möge sich dafür einsetzen, dass die vom Krankenhausträger beschlossenen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden und die derzeitige Bettenzahl im Krankenhaus Leonberg erhalten bleibt.

b) Gewerbeflächenentwicklung

Hier sehen wir derzeit den Schwerpunkt einer zeitnahen künftigen Entwicklung in den Teilorten, insbesondere in Höfingen im Gewerbegebiet Pfad, wo nördlich der Röntgenstraße die bislang ins Auge gefasste Fläche verdoppelt werden kann. In Gebersheim sehen wir Entwicklungspotenzial im Bereich südlich und östlich der Carl-Zeiss-Straße, dort bis an die Kreisstraße. Im Bereich der Kernstadt bleibt die künftige Gewerbegebietsentwicklung der

Fortschreibung des Flächennutzungsplanes vorbehalten.

c) Wohnbebauung

Schnellschüssen bei der zusätzlichen Ausweisung von Wohngebieten stehen wir kritisch gegenüber. Durch die Fusion der beiden großen Sportvereine in der Kernstadt zu einem neuen Großverein, welche von uns unterstützt wurde, werden in absehbarer Zeit auf dem Gelände an der Jahnstraße ca. 150 Wohnungen neu entstehen. Ca. 40 Wohneinheiten sollen gemäß Gemeinderatsbeschluss als bezahlbarer Wohnraum errichtet werden. Im Gebiet der Stadtumbaus dürften ebenfalls 40 Wohneinheiten für den bezahlbaren Wohnraum realisierbar sein.

Bei den beschlossenen und begonnenen Baumaßnahmen in Leonberg und den Teilorten dürften bis in 5 Jahren im Rahmen der bereits begonnenen Baumaßnahmen (z.B. die Baumaßnahmen auf dem Layher Areal , die Planungen im Bereich des Parkplatzes von Leo 2000, im Bereich südlich des neuen Rathauses, sowie auf weiteren Flächen und im Bereich des Ezach durch Umnutzung/Umwidmung) insgesamt ca. 500 Wohneinheiten zusätzlich entstehen.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir eine flächenhafte Bebauung entlang der Berliner Straße oder deutlicher gesagt, im Stadtpark, ab. Die dort eingeplanten Mittel für die Entwässerung (Euro 400.000) und Erschließung (Euro 850.000) i.H.v. 1,25 Millionen € sind daher zu streichen.

Im Ergebnis geht es auch darum, die noch vorhandenen großen innerstädtischen Freiflächen, wie den Stadtpark und den Bereich des Reiterstadions vor einem endgültigen Verbrauch für Wohnbebauung zu bewahren und künftigen Generationen und Entscheidungsträgern noch Handlungsspielräume zu erhalten.

Statt der Bebauung des Stadtparks beantragen wir im Bereich nordöstlich des Atrio Areales gemäß § 13 b BauGB die Ausweisung einer Wohnfläche, um darauf in städtischer Hand Wohngebäude entsprechend den Blaupausen der Gebäude in der Riedstraße bzw. in Höfingen zu errichten. Die Bebaubarkeit wäre zügig herzustellen und die Umsetzung zeitnah zu realisieren, so dass gegenüber dem bislang behaupteten Vorteil der Bebauung des Stadtparks kein wesentlicher zeitlicher Nachteil entstehen würde. Darüber hinaus befinden sich die entsprechenden Flächen bereits in einer räumlichen Nähe zu einer vorhandenen Schule; Einkaufsmöglichkeiten sind ebenfalls vorhanden.

Vergleichbar könnte mit der alten Schuhfabrik in zentralster Lage verfahren werden. Die Immobilie ist in städtischer Hand. Bei entsprechender Planung könnte auch die Kunstschule wieder im Erdgeschoss und Magazine im Untergeschoss untergebracht werden. Überdies ist fraglich, ob die alte Schuhfabrik dauerhaft im jetzigen Zustand belassen werden kann. Auch dort müssen Brandschutzvorgaben beachtet werden, was die Erhaltung als wirtschaftlich fragwürdig und risikobehaftet erscheinen lässt.

Der unbefriedigende Zustand im Bereich des alten Arbeitsamtes ist den Mitbürgern ebenfalls nicht zu vermitteln. Nachdem der Bund die aktuelle Zuwanderung mit zu vertreten hat, sollte er die offensichtlich zum ursprünglichen Zweck nicht mehr benötigte Immobilie für Baumaßnahmen der Kommune zur Verfügung stellen. Hier sind zeitnah Verhandlungen zu führen.

d) Verkehr

Im Haushaltsplan sind für das kommende Jahr erhebliche Mittel für entsprechende Untersuchungen eingestellt. In diesem Kontext ist zu untersuchen, ob die Installation eines Ringverkehrs im Bereich der Bahnhofstraße/Lindenstraße und Eltinger Straße, also um das Layher- Areal und das Stadtumbaugebiet herum ,nicht zu einem besseren Verkehrsfluss führen kann.

Unserer Meinung nach hat derzeit oberste Priorität die Entlastung der Achse Feuerbacherstraße/Grabenstraße/Eltinger Straße. Dies gilt sowohl für die verkehrliche Situation und die damit verbundenen Beeinträchtigungen wie Straßenlärm und Emissionen.

Zudem sollte an den Erwerb des Gasthauses Sonne gedacht werden, um Gestaltungsmöglichkeiten zur Verkehrsflussoptimierung zu erlangen.

Erhebliche Rückstau werden zudem durch die Busbevorrechtigung verursacht. Der von uns bereits seit langem geforderte und in den letzten Jahren regelmäßig im Haushaltsplan eingestellte neue Verkehrsrechner

könnte ebenfalls zur Optimierung beitragen, wenn er denn nun wirklich einmal beschafft werden würde.

Ein besserer Verkehrsfluss für sowieso vorhandene und nicht vermeidbare Verkehre könnte zur Reduzierung des Straßenlärms und der Immissionen mit beitragen.

An dieser Stelle ist es uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass die von der großen Politik versprochenen Bundesmittel und Zuschüsse beispielsweise nicht alleine in Stuttgart verbraucht werden, sondern dass auch wir auf diese Töpfe zugreifen können.

Ein Verzicht auf den im bestehenden Flächennutzungsplan enthaltenen Korridor für einen etwaigen Altstadt-Tunnel wird aufgrund der uns derzeit bekannten Fakten nicht mitgetragen. Darüber kann man allenfalls diskutieren, wenn man tatsächlich bessere Alternativen aufzeigt.

Verschiedenes

Um dem subjektiven Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rechnung zu tragen, beantragen wir die Veranlassung von Kontrollgängen durch die Polizei im Stadtpark, insbesondere in Dämmerungs- und Nachtzeiten.

Im Hinblick auf die Vermeidung von Vandalismus und Vermüllung auf städtischen Spielplätzen regen wir an, Kontakt mit Bürgervereinen und Anwohnern aufzunehmen, um für die Spielplätze „Paten“ zu gewinnen, welche bei entsprechenden Beobachtungen einen Ansprechpartner beim

Ordnungsamt oder beim Bauhof kontaktieren.

Im Bereich der Gebäudesanierungen legen wir Wert darauf, dass es sich bei investiven Maßnahmen um sinnvolle und rentable Sanierungen handelt. Wie im Bereich der Spitalschule gezeigt, hätten die Mehrkosten für eine Dreifachverglasung 700.000 € betragen, wofür es dann einen Zuschuss von lediglich 65.000 € gegeben hätte, was insgesamt unwirtschaftlich gewesen wäre.

Nachdem nunmehr das neue Rathaus in Betrieb gegangen ist, möge uns die Verwaltung insbesondere für den Bereich Personal und Fahrzeuge die hieraus resultierenden Einsparpotenziale auflisten; immerhin wurde von entsprechenden Synergieeffekten ausgegangen.

Bei städtischen Einrichtungen, die über Gebühren und Beiträge finanziert werden, sind die Kostendeckungsgrade zu erheben und gegebenenfalls Anpassungsvorschläge zu unterbreiten, wobei ausdrücklich darauf hinzuweisen ist, dass Kostendeckungsgrade nicht nur durch Entgelt-erhöhungen, sondern auch durch Kostenminderungen optimiert werden können.

Für Kreditaufnahmen und Umschuldungen sind die sich durch die Niedrigzinsphase ergebenden Spielräume weiterhin auszuschöpfen.

Die Verwaltung möge ferner aufzeigen, welche Einnahmen in welchem Zeitraum im Stadtumbaugebiet generierbar sind.

Die Sanierung des Leobades wird von uns mitgetragen, wobei wir gegen eine teilweise Veräußerung der Liegewiese als Bauplatz sind. Durch die entsprechende Umwidmung würde die Wohnbebauung näher an die Freizeitfläche heranrücken und ein Großteil der eventuell zu erwartenden Grundstückserlöse müsste für Lärmschutzmaßnahmen aufgewandt werden. Im Gegenzug würde die entsprechende Freifläche für künftige Gestaltungsmaßnahmen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Ferner beantragen wir den Ansatz von Personalkosten in 2018 um 750.000 € zu reduzieren. Ein Teil dieser Summe kann bereits durch die Nichtgenehmigung zweier zusätzlicher Stellen im Bereich der Feuerwehr realisiert werden. Wir sehen die Zukunft der Feuerwehr im Bereich der freiwilligen Feuerwehr und nicht in der schrittweisen Schaffung einer „kleinen Berufsfeuerwehr.“

Zudem halten wir es derzeit nicht für erforderlich, den Hofbelag in der Feuerwache Leonberg für 200.000 € zu sanieren.

Die Umgestaltung des Lehrerzimmers im Johannes- Kepler-Gymnasium mit 220.000 € halten wir für überzogen.

Nachdem, wie eingangs aufgeführt, ein „Weiterhangeln“ von Haushalt zu Haushalt für uns keine Konsolidierung darstellt, beantragen wir eine globale Minderausgabe von insgesamt 5 % des bislang geplanten Ausgaben volumens, wobei wir hier den Vorschlägen der Verwaltung zu einer

entsprechenden Schwerpunktsetzung entgegensehen.

Es wird nicht ohne eine Priorisierung der Aufgaben gehen. Die Umsetzung dieser Erkenntnis hat unserer Meinung nach bislang jedoch noch nicht stattgefunden. Wenn uns Bundes- oder Landesgesetzgeber neue Pflichtaufgaben und damit verbundene Kosten zuweisen, so werden den Kommunen vor Ort damit die Entscheidungs- und Handlungsspielräume nachhaltig beschnitten.

Meine Damen und Herren,

bei Ihnen allen darf ich mich für Ihre Aufmerksamkeit sowie die konstruktive, teilweise auch kritische Begleitung unserer Vorschläge im zurückliegenden Jahr bedanken. Der Verwaltung, insbesondere der scheidenden Kämmerei- amtsleiterin Frau Beck danke ich für die Erstellung des Planentwurfes.

Ich möchte mit einem Zitat von Manfred Rommel schließen:

„Für die Politik kommt es darauf an, die Grenzen des möglichen sichtbar und anschaulich zu machen und nicht auch der Versuchung zu erliegen, die Grenzen des möglichen als nicht vorhanden zu bezeichnen.“

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender

Anlage zur kommunalpolitischen Erklärung der Freien Wähler zum Haushalt 2018/Stadt Leonberg:

- Entwicklung von Modellen zur Deckelung des Zuschusses im Bereich der Kinderbetreuung (Modellberechnung)
- Differenzierung zwischen Pflichtaufgaben und Freiwilligkeitsleistung, Priorisierung von Aufgaben
- Fortschreibung Masterplan bis zum Jahr 2040
- Fortschreibung Flächennutzungsplan
- Kontrolle der Umsetzung der vom Krankenhausträger beschlossenen Sanierungsmaßnahmen des KH Leonberg, politische Bemühungen zum Erhalt der Bettenzahl im KH Leonberg
- Gewerbeflächen in Höfingen im Gewerbegebiet Pfad, Verdoppelung der bislang geplanten Fläche
- Gewerbeflächen in Gebersheim südlich und östlich (bis an die Kreisstraße der Carl Zeiss Straße)
- Einsparung der eingeplanten Mittel für Entwässerung und Erschließung des Stadtparks (1,25 Millionen €)
- Entwicklung des Areals nordöstlich im Bereich von A Trio gemäß § 13 b) BauGB, Bau von Gebäuden entsprechend Planung Riedstraße
- Bebauung des Areals „alte Schuhfabrik“
- Erwerb des alten Arbeitsamtes, Zuführung zu einer adäquaten Nutzung
- Untersuchung der Installation eines Ringverkehrs im Bereich der Bahnhofstraße/Lindenstraße und Eltinger Straße
- Optimierung des Verkehrsflusses (Überprüfung Busbevorrechtigung, Verkehrsrechner, Erwerb der Fläche Gasthaus Sonne)
- Aquis von Bundesmitteln und Zuschüssen für die Mobilitätsentwicklung und Optimierung der Lärm- und Abgassituation
- Streifengänge durch die Polizei im Stadtpark
- Kontaktierung von Bürgervereinen und Anwohnern zur Gewinnung von „Spielplatzpaten“
- bei Gebäudesanierungen nur wirtschaftlich rentable Maßnahmen durchführen
- Auflistung von Einsparpotenzialen (Personal und Fahrzeuge) im Rahmen des Rathausneubaues
- Optimierung von Kostendeckungsgraden (vorrangig durch Kostenminderungen)
- Rahmen der Kreditbewirtschaftung Optimierung durch Ausnutzung der Niedrigzinsphase
- Auflistungen von Einnahmemöglichkeiten im Bereich des Stadtumbau-gebiets durch die Verwaltung
- keine Veräußerung der Liegewiese des Leobades
- globale Minderausgabe von 5 % (einschließlich Personalkosten, im Bereich der Personalkostenreduzierung um 750.000 €, Nichtgenehmigung)

zweier zusätzlicher Stellen im Bereich der Feuerwehr)

- Kürzung des Ansatzes Umgestaltung Lehrerzimmer JKG (Euro 220.000)
- Streichen des Ansatzes Erneuerung Hofbelag Feuerwache (Euro 200.000)
- Prüfauftrag: Ist der Haushaltsplanansatz in Höhe von Euro 10.000,00 für den Rückschnitt der Schwarznussbäume im Ezach (Beschlusslage des Gemeinderats) ausreichend?